

Landratsamt Mittelsachsen
Büro Kreistag
Frauensteiner Straße 43
09599 Freiberg



Großschirma, 09.12.2024

Antrag 004
Leistungskürzung bei Arbeitsverweigerung von Asylbewerbern konsequent umsetzen!

Sehr geehrter Herr Landrat,

hiermit reichen wir folgenden Antrag zur Beratungsfolge in den zuständigen Ausschüssen und anschließender Beschlussfassung in den Kreistag ein:

Beschlussvorlage:

1. Der Kreistag beauftragt den Landrat des Landkreises Mittelsachsen zu berichten, wie viele erwerbsfähige Asylbewerber welcher Nationalität und welcher Altersgruppe sich aktuell im Landkreis Mittelsachsen aufhalten.
2. Der Kreistag beauftragt den Landrat des Landkreises Mittelsachsen zu berichten, wie viele erwerbsfähige Asylbewerber welcher Nationalität und welcher Altersgruppe im Landkreis Mittelsachsen eine Arbeitsgelegenheit angeboten wurde.
3. Der Kreistag beauftragt den Landrat des Landkreises Mittelsachsen zu berichten, wie viele erwerbsfähige Asylbewerber welcher Nationalität und welcher Altersgruppe im Landkreis Mittelsachsen eine solche Arbeitsgelegenheit abgelehnt haben.
4. Der Kreistag beauftragt den Landrat des Landkreises Mittelsachsen die Einführung von verpflichtenden Arbeitsgelegenheiten nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für erwerbsfähige Asylbewerber im Landkreis Mittelsachsen zu prüfen und dem Kreistag die Möglichkeiten einer Umsetzung darzulegen.
5. Der Kreistag beauftragt den Landrat des Landkreises Mittelsachsen Leistungskürzungen nach AsylbLG für arbeitsunwillige, erwerbsfähige Asylbewerber zu prüfen und dem Kreistag die Möglichkeiten einer Umsetzung darzulegen.
6. Der Kreistag beauftragt den Landrat halbjährlich, erstmals in der nächsten Kreistagssitzung, den Kreistag über den aktuellen Stand der Umsetzung der Punkte 4. und 5. zu unterrichten.

Begründung:

Da die Anzahl der Asylbewerber weiterhin auf einem hohen Niveau bleibt und das Thema (verpflichtende) Arbeitsgelegenheiten und Leistungskürzungen nach AsylbLG für arbeitsunwillige, aber erwerbsfähige Asylbewerber bisher im Landkreis Mittelsachsen nur sehr zögerlich umgesetzt wird, soll der Kreistag einerseits über die betreffende Personenzahl und andererseits über die entsprechenden Möglichkeiten informiert werden. Eine Zeitenwende wurde oft auf politischer Ebene angekündigt, ist aber insbesondere beim Thema Asyl dringend notwendig. Da weder Bundes- noch Landesregierung wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Massenmigration ergreifen, ist es an der Zeit auf kommunaler Ebene die Asyl-Zeitenwende einzuleiten. Erwerbsfähige Asylbewerber müssen zur Arbeit verpflichtet werden und sobald sie die Arbeit im Gastland verweigern, sind Leistungen konsequent zu kürzen. Die Debatte muss dazu im Kreistag geführt werden. Daher soll der Landrat verpflichtet werden, halbjährlich im Kreistag über die Umsetzung zu berichten. Damit sollen den vielen Ankündigungen nun auch Taten folgen.



Dr. Rolf Weigand
Fraktionsvorsitzender